



NEWSLETTER 09/2015

FORUM|MIGRATION

- 1. Für die
- 3. Maria
- erforc
- 4. Es g
- EUR
- 5. Die
- 5.1
- 5.2
- 6. D
- E



Steiniger Weg in den Arbeitsmarkt

Sollen hoch qualifizierte Asylbewerber_innen per „Blue Card“ eine Arbeits- und Aufenthalts-erlaubnis bekommen können? Politiker_innen von Union, SPD, Grünen und die Bundesanstalt für Arbeit sind dafür; dem DGB reicht das nicht.

„Die Mauer zwischen Asylverfahren und der Arbeitsaufnahme durch die Blue Card muss eingerissen werden“, sagt Christian Bäumler von der Christlich Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA). „Die Vorstellung, dass Menschen, die aus Syrien geflohen sind, in ihr Heimatland zurückkreisen, um dort ein Visum zur Arbeitsaufnahme zu beantragen, ist Realsatire.“ Der Grünen-Abgeordnete Volker Beck schrieb, Flüchtlingen sollte bei entsprechender Qualifikation „unbürokratisch“ eine Blue Card erteilt werden können. Raimund Becker, Vorstandsmitglied der Bundesanstalt für Arbeit, nannte es einen „richtigen Ansatz“, die Blue Card für Asylbewerber_innen zu öffnen. Auch der neue Bremer Regierungschef Carsten Sieling (SPD) sprach sich gegen schnelle Abschiebungen und die Erteilung von Blue Cards bei Flüchtlingen aus: „Ich bin dafür, dass wir genauer gucken, welche Potenziale in unser Land kommen“, sagte Sieling. Die Forderung nach einer Änderung der EU-Blue-Card-Richtlinie, die

auch einen Zugang für Asylsuchende und Geduldete öffnet, möge richtig sein, sagte das DGB Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach. Sie verdeckte aber die weit verbreiteten aufenthaltsrechtlichen Hindernisse für den Arbeitsmarktzugang von Flüchtlingen. „Was wir brauchen ist nicht eine neue Einzelregelung, sondern die generelle Möglichkeit für Asylsuchende und Geduldete einen Aufenthaltstitel zur Erwerbstätigkeit zu beantragen. Dies unabhängig vom Herkunftsland und nach den gleichen Qualifikationskriterien.“

Das gelte vor allem für junge Asylsuchende und Geduldete. Diese bräuchten bessere Möglichkeiten, eine Berufsausbildung zu absolvieren. Im Juli beschlossen Bundestag und Bundesrat dazu neue Regeln: [siehe Forum Migration August 2015](#). Die seien aber „nicht geeignet“ sagt Buntenbach. „Statt mit einer Aufenthaltslaubnis für die Dauer der Ausbildung für alle jungen Asylsuchenden die nötige Absicherung zu schaffen sollen nun die Ausländerbehörden eine Duldung erteilen, mit der die Abschiebung für ein Jahr ausgesetzt wird.“ Höchst problematisch sei außerdem, dass ein Großteil der geduldeten Jugendlichen ausgeschlossen werden. Denn Jugendliche, deren Eltern aus „sicheren Herkunftsstaaten“ stammen, bleiben außen vor.

INHALT 09/2015

Steiniger Weg in den Arbeitsmarkt	1
Migrationsdebatte: „Letztlich geht es um Verteilung“	2
Studie der Welthungerhilfe: Migration entwickelt	2
Mehr Angriffe auf Flüchtlinge	2
Ver.di startet Projekt für Reha-Lotsen	3
News + Termine	3
Verteidigen wir die Würde des Menschen jetzt! – Kommentar von Fanny-Michaela Reisin, Präsidentin der Internationalen Liga für Menschenrechte ILMR	4



Migrationsdebatte: „Letztlich geht es um Verteilung“



Daniel Weber leitet seit August den Bereich Migration & Gleichberechtigung des DGB Bildungswerk Bund.

| Forum Migration: Herr Weber, in der Migrationsdebatte ist Bewegung wie seit sehr langer Zeit nicht, der Ausgang ist offen. Was können die Gewerkschaften tun?

| Daniel Weber: Grundsätzlich gibt es einen großen Konsens: Wir sind für Einwanderung. Die soll nach bestimmten Regeln funktionieren. Es gibt aber sehr unterschiedliche Meinungen darüber, wie diese Regeln aussehen sollen. Und natürlich haben wir auch mit einzelnen Gruppen in den Gewerkschaften zu tun, die Einwanderung sehr kritisch sehen. Wir müssen hart arbeiten, um den Konsens zu erhalten.

| Wie wollen Sie das tun?

| Mit kontinuierlicher Bildungs- und Informationsarbeit, ohne auf jede konjunkturelle Delle zu antworten. Wir sind da, wir besetzen die Themen rund um Mig-

ration über viele Jahre hinweg und wollen das auch weiterhin kontinuierlich tun. Das bedeutet, Studien aufzubereiten, aber auch auf einzelne Schicksale und Erfolge zu schauen. Wir fördern die positive Wahrnehmung von Firmen, die sich engagieren und – zusammen mit Ver.di – vom öffentlichen Dienst. Er hat eine Vorbildfunktion. Wir tun viel dafür, damit Behörden und ihre Mitarbeitenden noch besser mit kultureller Vielfalt umgehen. Auch die Verhinderung von Lohndumping und Diskriminierung am Arbeitsmarkt verhindern Resentiments. Wir stehen dafür, dass die Menschen, die hier hinkommen die gleichen Rechte haben, wie die die schon länger hier sind. Wir sind für faire Mobilität.

| Reicht das, damit kein Kollege Migrant_innen mehr als Konkurrenz sieht?

| Es gibt auch verhärtete Ressentiments, keine Frage. Wir haben – für viele sicher erst einmal überraschend – Gewerkschaftsmitglieder_innen mit Positionen nahe dem rechtsradikalen Lager. Auch wenn es eine Minderheit ist: Davor dürfen wir die Augen nicht verschließen. Rechtsextremismusprävention und eine klare Kante gegen diese Positionen sind dabei sehr wichtig. Bei den Ressentiments geht es auch um Verteilung. Migrant_innen werden oft als diejenigen angesehen, die ein Stück vom Kuchen der Kolleg_innen wollen. Wir sagen: Es geht um eine Verteilung zwischen Kapital und Arbeit. Das geht in fairer Weise nur über eine Gleichbehandlung, gute Standards und durch das Begreifen von Mobilität als etwas normalem und Vielfalt als etwas (auch wirtschaftlich) Positives. Zum Glück sieht das die große Mehrheit der Kolleg_innen so und unterstützt uns in unserer Arbeit.

| Das ist auch Folge der guten Konjunktur.
| Die konjunkturelle Lage hat dazu beigetragen, klar. Das fördert eine eher positive Wahrnehmung von Migration, wenn es wirtschaftlichen Bedarf gibt. Dann ist auch die kurzfristige Aufnahmekapazität größer. Unabhängig von der Konjunktur haben aber auch die großen Anstrengungen der Kolleg_innen auf allen Ebenen das positive Bild erst möglich gemacht.

| Es heißt oft, die Gewerkschaften müssten Migrationspolitik machen. Wie kann das aussehen?

| Migration ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, eines der wichtigsten Themen in Deutschland. Die Gewerkschaften müssen da über den Tellerrand der reinen Arbeitsmarktintegration hinaus denken. Wir wenden uns deshalb sehr stark damit zusammenhängenden Themen zu. Etwa wenn wir auch die soziale Integration der Familien von Zuwanderern fordern. Wir wollen die Menschen hier haben mit ihren gesamten Bedarfen. Dann muss man auch danach fragen: Wie werden die Kinder in die Schule integriert? Das geht über das hinaus, was im Kernbereich Arbeitsmarkt ist. Gleichzeitig darf man nicht den Fokus verlieren: Unsere gewerkschaftliche Stellung ist die eines Arbeitsmarktakteurs. Diesen Schwerpunkt greifen wir beispielsweise auf indem wir Betriebsräte bei der Anerkennung der Lebensleistung von Migrant_innen unterstützen. Zudem sehen wir uns auch als Schnittstelle der Gewerkschaften für „migrantische“ Gruppen und Vereine.

 Lesen Sie das vollständige Interview mit Daniel Weber auf: www.migration-online.de

Studie der Welthungerhilfe: Migration entwickelt

Jeder 122. Mensch auf der Welt ist ein Flüchtling, Binnenflüchtling oder asylsuchend. Im Auftrag von terre des hommes und der Weltungerhilfe hat Jochen Oltmer von der Universität Osnabrück den Zusammenhang von Migration und Entwicklung untersucht. Sein Ergebnis: Migration nützt allen Beteiligten.

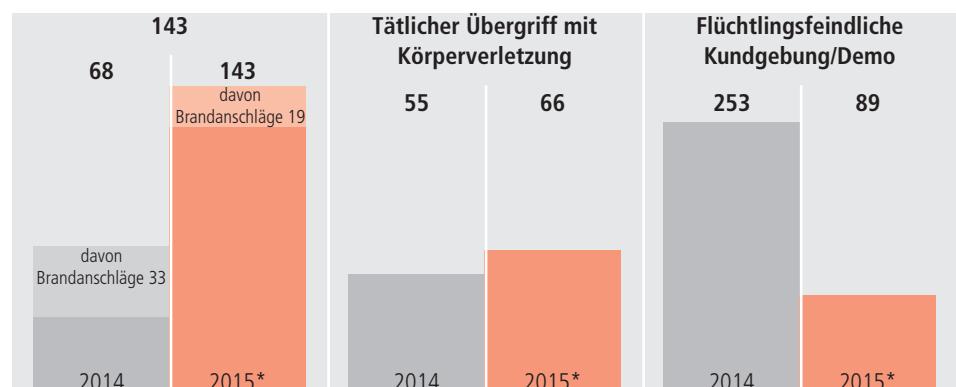
Doch die Potenziale von Migration werden bei Weitem nicht genutzt; häufig ist Migration erzwungen und mit großen Gefahren verbunden. Die positiven Seiten von Migration würden zu wenig berücksichtigt, so Oltmer. „Die Studie leistet einen wichtigen Beitrag zur Versachlichung der deutschen Diskussion“, sagt Jens Martens vom Nord-Süd-Netz des DGB Bildungswerk. Allerdings werde die demografische Entwicklung im globalen Süden entgegen der vorherrschenden veröffentlichten Meinung in den nächsten Jahrzehnten zu einem Rückgang der Geburtenraten und damit auch der Migration führen. Anders als vielfach behauptet gehe der Trend zu weniger Migration bei gleichzeitig hohem Zuwanderungsbedarf des globalen Nordens.

Etwas unterbelichtet bleibe in der Studie der oft diskutierte Lösungsansatz, durch forcierte wirtschaftliche Entwicklung der Herkunftsänder, Migrationsbewegungen in den Norden vermindern zu helfen. Aktuell, so Martens, sei eher zu befürchten, dass sich der ent-

wickelte Norden über Freihandelsabkommen Absatzmärkte für sich selbst schafft und dabei die fragilen Entwicklungen im globalen Süden zerstört.

 Studie der Welthungerhilfe: www.bit.ly/1KiBZs7

Mehr Angriffe auf Flüchtlinge





Ver.di startet Projekt für Reha-Lotsen

Migrant_innen nehmen medizinische Rehabilitation deutlich seltener in Anspruch als deutsche Versicherte. Je nach Herkunftsland zeigen sich für sie deutliche Probleme, rechtzeitig eine Reha anzutreten und sie erfolgreich abzuschließen. Das ergab eine Untersuchung der Deutschen Rentenversicherung (DRV). So stellen Migrant_innen türkischer Herkunft 2,2 % der aktiv Versicherten der DRV, aber nur 1,6 %

der Rehabilitanden. Zudem verläuft ihre statioäre Rehabilitation häufiger ohne Erfolg.

Ver.di hat deshalb das Projekt „Mit Migranten für Migranten – Interkulturelle Gesundheit in Deutschland“ (MiMi) gestartet. Zusammen mit dem Ethno-Medizinischen Zentrum (EMZ) in Hannover werden sozial engagierte Migrant_innen zu transkulturellen Gesundheitsmediatoren geschult. Es gebe „ein

Recht [...], verstanden zu werden“, sagte Ramazan Salman, Geschäftsführer des EMZ. Versichertenälteste und Versichertenberater_innen, die ehrenamtlich in der Selbstverwaltung der DRV aktiv sind, sollen ratsuchenden Migrant_innen den Weg vom Rentenzum Rehaantrag aufzeigen. Außerdem sollen sie Hilfe bei der Suche nach einer geeigneten Reha leisten.

Verdi-Projekt: www.bit.ly/1K7ZM2d

News + Termine

Subunternehmen muss rumänischen Bauarbeitern Lohn zahlen

Das Berliner Arbeitsgericht hat ein Subunternehmen verpflichtet, zwei rumänischen Bauarbeitern am Einkaufszentrum „Mall of Berlin“ ausstehende Löhne zu zahlen. In dem Fall sind noch knapp ein Dutzend Verfahren anhängig. Die Arbeiter beklagen, monatelang nicht den versprochenen Lohn von fünf Euro pro Stunde bekommen zu haben. Insgesamt geht es um mehr als 30.000 Euro. Das Luxus-Einkaufszentrum nahe dem Potsdamer Platz wurde im September 2014 eröffnet. Das Unternehmen hatte zunächst ein Arbeitsverhältnis mit den Rumänen bestritten. Danach hatte es ein erstes Urteil nicht akzeptiert, weil in der Klage keine Anschrift der damals obdachlosen Bauarbeiter angegeben worden sei.

Arbeitsgericht Berlin, AZ 14 Ca 3749/15 und 14 Ca 3752/15

der DGB Jugend Florian Hagemiller. Die Sparpolitik zerstört die Zukunftschancen junger Menschen.

www.one-europe.info/european-young-trade-unionists-we-are-not-a-lost-generation

EU legt Etat auf, um Auswanderung zu verhindern

Die EU-Kommission will afrikanischen Ländern Geld bezahlen, damit diese Auswanderung eindämmen. Die Ursachen der Auswanderung sollen bekämpft, den Ländern gleichzeitig „beim Aufbau von Grenzkontroll-Strukturen und Migrationsbehörden geholfen“ werden, sagte die EU-Entwicklungskommissar Neven Mimica. Herkunfts- und Transitländer bräuchten ein „starkes Grenzmanagement“ sowie „Kapazitäten um Migrationsströme zu steuern.“ In der Finanzperiode 2014 bis 2020 werde das Thema „so prominent behandelt wie nie zuvor“, erklärt die EU-Kommission.

www.evangelisch.de/inhalte/123371/26-07-2015/eu-kommission-plant-finanztopf-gegen-auswanderung

Amadeu-Antonio-Preis erstmals verliehen

Die Amadeu Antonio Stiftung und die Stadt Eberswalde vergeben in diesem Jahr erstmals den Amadeu Antonio Preis. Anlässlich des 25. Jahrestages des rassistischen Mordes an dem Angolaner würdigt der Preis Künstler_innen und soziokulturelle Projekte, die sich mit den Themen Rassismus, Menschenrechte und Migration auseinandersetzen. Einzelpersonen, Gruppen und Initiativen können sich ab sofort um den Preis bewerben. Der Hauptpreis ist mit 3.000 Euro dotiert.

www.amadeu-antonio-stiftung.de

Spätaussiedler-Status: Nachträgliche Anerkennung nicht möglich

Personen, die als Angehörige von Spätaussiedler_innen nach Deutschland gekommen sind, können sich nicht nachträglich als Spätaussiedler_in einstufen lassen und damit höhere Rentenansprüche erwerben. Das urteilte nun das Bundesverwaltungsgericht. Eine Reform des Bundesvertriebenengesetzes im Jahr 2013 hatte die Bedingungen für eine Aufnahme als Spätaussiedler_in zwar erleichtert. Doch für die Rechtsstellung der Spätaussiedler_in sei das Recht

im Zeitpunkt der Übersiedlung entscheidend, entschieden die Richter_innen. Eine rückwirkende Anwendung der Reform sei nicht möglich.

Aktenzeichen: BVerwG 1 C 29.14

Anerkannt – Newsletter des DGB Bildungswerk – Themen der August-Ausgabe u.a.

- Gute Arbeit sieht anders aus: Erfahrungen spanischer Krankenpfleger_innen in Deutschland
- Bericht zum Anerkennungsgesetz 2015: Trotz schmaler Datenbasis: Erfolge sind sichtbar

Newsletter „Anerkannt“ zum Download: www.migration-online.de

Tagung: Anerkennungskultur jetzt! Betriebliche und gewerkschaftliche Positionen zur Stärkung der Berufsanerkennung in der Arbeitswelt

22. Oktober 2015

Veranstaltungsort: IG Metall Düsseldorf

Mentorenausbildung für Grundbildung und Alphabetisierung in der Arbeitswelt – Teil I

23. bis 24. Oktober 2015

Veranstaltungsort: München

Workshop: Brauchen Migrant_innen eine besondere Anerkennungskultur?

15. September 2015

Veranstaltungsort: Düsseldorf

Ausbildung zur Betrieblichen Fachkraft Anerkennung

04. bis 09. Oktober 2015

19. bis 24. Juni 2016

Veranstaltungsort: DGB Tagungszentrum Hattingen

Geht die globale Armut auf Reisen? Flucht, Arbeitsmigration und Einwanderungspolitik im 21. Jahrhundert

18. bis 23. Oktober 2015

Veranstaltungsort: DGB Tagungszentrum Hattingen

Infos und Anmeldung für alle Veranstaltungen:

http://migration-online.de/beitrag_all_5_X19pbm10PTEmYW1wO3BpZD03_.html

Junge Europäische Gewerkschafter_innen: Konferenz gegen EU-Sparpolitik

„Wir sind keine verlorene Generation“ – unter diesem Motto haben die DGB Jugend und die Jungen Europäischen Gewerkschafter (ETUC) Anfang Juli die „Europäische Jugendkonferenz gegen die Sparpolitik“ abgehalten. „Die junge Generation in Europa zahlt einen unerträglichen Preis für eine Krise, für die sie nicht verantwortlich ist“, sagte der Vorsitzende



Verteidigen wir die Würde des Menschen jetzt!



© „Nervous Energy“, Creative Common

Kommentar von Fanny-Michaela Reisin, Präsidentin der Internationalen Liga für Menschenrechte ILMR

Dass die Würde des Menschen ohne Bezugnahme auf nationale, ökonomische, politische, religiöse oder ethnische Herkunft, somit uneingeschränkt zu achten ist, kann nicht stark genug betont werden. Jede Form der Differenzierung der Menschenwürde beinhaltete automatisch das Ansinnen höher- und niedrigwertiger Menschen zu unterscheiden. Eben dies nie wieder zuzulassen war das wichtigste Vermächtnis nach der Überwindung des NS-Regimes in Europa: Mensch ist Mensch und hat qua Geburt das Recht auf ein unversehrtes Leben in Würde.

Die von der Bundesrepublik und den übrigen EU-Mitgliedsstaaten absichts- und planvoll praktizierte Abweisung von Menschen, die in ihren Heimatländern Verfolgung, Krieg oder materieller Not entflohen und sich anschicken, auf dem Territorium der EU Schutz zu suchen, hat einen Grad von Unmenschlichkeit erreicht, dem wir uns im Interesse unserer eigenen Würde widersetzen müssen.

Die Fluchtwege nach Europa sind verplombt. Es gibt für Menschen auf der Flucht keine legale Möglichkeit auf diesen Kontinent zu gelangen. Die Tausende, die sich trotz der Lebensgefahren auf den Weg über das Mittelmeer begeben, haben keine Alternative. Um es klar zu sagen: Das Massensterben im Mittelmeer ist weder eine Natur- noch eine aufgrund unvorhersehbarer Ereignisse zufällig eintretende Katastrophe. Die in den letzten Jahren auf Zehntausende angewachsene Zahl der Leichen auf dem Boden der einstigen Wiege der europäischen Kultur ist die stillschweigend und doch offenkundig in Kauf genommene „Begleiterscheinung“ der

Abschottungs- und Abschreckungspolitik der EU an ihren Außengrenzen.

Die Achtung der Menschenwürde ist sowohl in der Verfassung der Europäischen Union als auch in der Bundesrepublik Deutschland im ersten Artikel verankert und muss aus den oben genannten Gründen auch beim Umgang mit Flucht, Migration und Rassismus universell uneingeschränkt gelten. In Zeiten, da von staatlicher und institutioneller Seite der EU-Nationen – vorgeblich im Interesse unseres aller Wohlstands – Übergriffe auf die Menschenwürde und folglich auch grobe Verstöße gegen die eigenen Verfassungen nicht gescheut werden, sind wir als Bürger und Bürgerinnen gehalten, dagegen aufzustehen.

Um dagegen gemeinsam mit anderen Organisationen und Verbänden zu wirken sowie vor allem menschenrechtlich vertretbare und politisch machbare Alternativen zu erarbeiten, ist die Internationale Liga für Menschenrechte e.V. (ILMR) seit vielen Jahren Mitglied des Netzwerks gegen Rassismus (Ngr), das vom Beauftragten für Migrations- und Antirassismuspolitik beim DGB Bundesvorstand moderiert wird.

Doch während ich diese Zeilen schreibe, sind auf dem Mittelmeer zig Menschen vom Ertrinken bedroht. Deshalb muss über die Widerstands- und Reformarbeit hinaus dringend gehandelt und im Sinne der elementaren humanitären Solidarität eine europaweit vernetzte zivilgesellschaftliche Seenothilfe auf dem Mittelmeer aufgebaut werden.

Diesem Zweck haben sich einige Nautiker und Ingenieure verschrieben, als sie im März dieses Jahres mit Medizinern und Menschenrechtsaktivist_innen die neue NGO SOS Mediteranee gründeten. Ihre drei Ziele: um Schiffbrüchige Flüchtende im Mittelmeer vor dem Ertrinken zu retten, sie vor gewalttätigen Übergriffen zu schützen sowie Zeugnis über etwaige Behinderungen auf ihrem Weg nach Europa oder Abweisungen an seinen Toren abzulegen.

Natürlich sollen die Regierungen der EU-Staaten nicht aus der Pflicht zur Achtung der Würde und Rechte des Menschen entlastet werden. Natürlich muss von ihnen die umgehende Öffnung der Fluchtwege nach Europa gefordert werden. Natürlich muss die EU-Politik im Umgang mit Flucht und Migration grundlegend revidiert werden, um in Erfüllung der elementaren humanitären und universellen Menschenrechte den Schutz des Lebens und die Achtung der Würde der Menschen, die der Not entflohen, endlich höher zu stellen als den Schutz der EU-Außengrenzen.

Solange es jedoch keine legalen Fluchtwege nach Europa gibt, solange sich Menschen ohne Lebens-

alternative auf dem Mittelmeer der Lebensgefahr aussetzen, bedarf es einer Organisation wie SOS Mediteranee. Es ist eine zivilgesellschaftliche Initiative par excellence.

Denn es gilt, die Verteidigung der Würde des Menschen selbst in die Hand zu nehmen, bevor die Tendenzen zur rassistischen Ausgrenzung und unwürdigen Geringschätzung von Menschen, die nicht schon immer zur dominanten Mehrheitsgesellschaft Europas gehört haben, strukturell manifest wird. Mache sich niemand etwas vor, die unmenschliche Migrations- und Asylpolitik der Regierungen auf EU- und auf nationaler Ebene der Mitgliedsstaaten ist der fruchtbarste Nährboden für alle Ausprägungen rassistischer Ausgrenzung.

Wir Bürger_innen der EU stehen gegen die inhumane Migrationspolitik unserer Staaten auf und rufen in unserem eigenen Interesse:

Verteidigen wir die Würde des Menschen jetzt!

 Infos SOS Mediterranee:
www.sosmediterranee.org

 DGB Handreichung: „Flucht, Asyl und Menschenwürde“
www.dgb-bestellservice.de/besys_dgb/auswahl.php?volltext=DGB23004

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk BUND e.V.
Vorsitzende: Elke Hannack
Geschäftsführerin: Claudia Meyer

Verantwortlich für den Inhalt: Daniel Weber
Koordination: Michaela Dälken
Redaktion: Christian Jakob, Berlin
Layout/Satz: ideeal, Essen
Erscheinungsweise: Monatlich

DGB Bildungswerk BUND e.V.
Bereich Migration & Gleichberechtigung
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Telefon 02 11/43 01-1 99
Telefax 02 11/43 01-1 34
migration@dgb-bildungswerk.de
www.migration-online.de

GEFÖRDERT DURCH

